

Worben, 16. September 2016

**Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung vom 09. August 2016 für die eidgenössischen Volksabstimmungen vom 25. September 2016:**

**Stimmfreigabe zur Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“**

Diese Initiative verlangt, dass der Bund eine ressourceneffiziente Wirtschaft anstrebt. Dabei entscheidet er regelmässig, ob verbindlich festgelegte Ziele erreicht wurden oder allenfalls zusätzliche Massnahmen nötig sind. Zum einen hat der Grundsatz der betrieblichen Selbstverantwortung Priorität. Lediglich als zweite Möglichkeit soll der Bund neue Lenkungsinstrumente zugunsten umweltschonender Energiequellen einführen. Um die langfristige Energiewende umsetzen zu können, muss die Förderung erneuerbarer Energien zwingend zentral koordiniert werden. Zudem profitiert die einheimische Cleantech-Branche, was auch nachhaltige Arbeitsplätze sichert. Zum anderen will diese Initiative den ökologischen Fussabdruck (Gesamtverbrauch) der Schweiz bis ins Jahr 2050 drastisch reduzieren, sodass es kaum möglich sein wird, ohne neue Energieabgaben (Steuern) auszukommen. Diese belasten dann unter anderem empfindliche Kleinbetriebe oder Privatpersonen mit geringem Einkommen. Zur Förderung erneuerbarer Energien bestehen bereits heute zahlreiche Massnahmen, wobei die Wirtschaft selbst auch einiges dazu beigetragen hat. Deshalb verzichten die SD auf eine Parole und haben zur Vorlage Stimmfreigabe beschlossen.

**Ja zur Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“**

Das Anliegen will, dass alle Bezüger von Altersrenten einen Zuschlag von 10% erhalten. Etliche Personen besitzen keine Pensionskasse und bekamen zeitlebens nur einen geringen Arbeitslohn, sodass auf eine freiwillige Vorsorge (3. Säule) verzichtet wurde. Der Beginn des Rentenalters ist oftmals mit starken finanziellen Einbussen verbunden. Zugleich bestehen gleichbleibende Aufwände wie der Wohnungszins oder die Prämie der Krankenversicherung, welche ohnehin jährlich ansteigt. Eine höhere AHV-Rente gleicht zudem den ständig sinkenden Mindestumwandlungssatz bei der 2. Säule aus. Dieser hätte sonst bis zu 20% tiefere Gesamrenten zur Folge. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist die Initiative eine wichtige Massnahme gegen die unsoziale Altersreform 2020. Damit soll etwa das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben und die Mehrwertsteuer erhöht werden. Die „AHVplus“-Initiative kann lediglich mit zusätzlich je 0,4% Bruttolohnabzug vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert werden. Seit Einführung der AHV im Jahr 1948 wurden die Lohnabzüge nur einmal erhöht. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

**Nein zum Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG)**

Mit diesem Gesetz soll der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zusätzliche Rechte erhalten. Es trifft grundsätzlich zu, dass eine gewisse Überwachung die Sicherheit in einer Gesellschaft verbessern kann. Mit dieser Reform überschreitet man jedoch gefährliche Grenzen der persönlichen Freiheit. Bisher hatte der Nachrichtendienst bei seiner Suche nach Informationen bewusst begrenzte Möglichkeiten. Diese will der Bund nun erweitern, sodass zukünftig ausgeprägte Überwachungsmassnahmen von unschuldigen Privatpersonen durchgeführt werden könnten. Die Kommunikation im Internet dürfen Ermittler mithilfe von Stichwörtern scannen. Hierbei kämen auch irrelevante Zufallsdaten zum Vorschein, was die Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung erhöhen würde. Vor vielen Jahren gab es bereits Fichen von zahlreichen unbescholtenen Bürgern. Des Weiteren könnte man Telefone abhören, Räume verwandern und Computersysteme manipulieren. Die intensivere Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten gefährdet ausserdem unsere Neutralität. Für die Schweizer Demokraten (SD) sind die Befugnisse der Bundesanwaltschaft und der polizeilichen Behörden ausreichend. Dagegen müssten gezielte Kontrollen von islamischen Gemeinden und externen Institutionen stattfinden. Da dieses Nachrichtendienstgesetz die Privatsphäre der Bürger massiv beeinträchtigt, haben die SD die Nein-Parole beschlossen.

**Freundliche Grüsse  
Schweizer Demokraten**

**Kantonalverband Bern  
Andreas Beyeler, Präsident**